

DONNERSTAGSKOLUMNE

Lieber Christian, „dunkel war's, der Mond schien helle / auf die grün verschneite Flur / als ein Wagen blitzesschnelle / langsam um die Ecke fuhr.“ Die CSU beratschlagt über ihre Rettung von der Euro-Rettung. Vertrackte Angelegenheit! Alle in unserer Führung stecken die Köpfe zusammen: Wie können wir das Gegenteil von dem tun, was wir gesagt haben, ohne dass es jemand merkt? Der Parteitag vom 7./8. Oktober 2011 in Nürnberg hatte unter anderem festgelegt: „Die CSU lehnt eine Mithaftung eines Mitgliedstaates für die Schulden anderer Mitgliedstaaten und damit eine Haftungsgemeinschaft entschieden ab.“ Und am 30. September 2011 hatte die Bayerische Staatsregierung im Bundesrat förmlich zu Protokoll gegeben: „Eine über die Beschlüsse des Euro-Zonen-Sondergipfels vom 21. Juli 2011 hinausgehende Ausweitung der Rettungsschirme EFSF und ESM wird abgelehnt.“ Und: „Es wird auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hingewiesen, wonach es dem Gesetzgeber verwehrt ist, dauerhafte völkervertragsrechtliche Mechanismen zu etablieren, die auf eine Haftungsübernahme für Willensentscheidungen anderer Staaten hinauslaufen.“

Die „Märkte“ brauchen wieder mehr Geld. Wobei „die Märkte“ bekanntlich nichts mit dem wirtschaftlich Realen zu tun haben, sondern von einem Haufen durchgeknallter Investmentjunkies bestimmt werden, denen die EU-verwässerten, butterweichen Aufsichtsbehörden nichts entgegenzusetzen haben. Außer eine Staatspolitik, die den „Märkten“ immer neue Bürgschaften und Kredite in den Rachen wirft.

In dieser Woche kam heraus, dass die Deutschen für doppelt so viel haften sollen wie von der Politik versprochen („keine zwei Rettungsschirme gleichzeitig“). Originalton eines Interviews der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 24. Juli 2010 mit Wolfgang Schäuble, der damals „ein Insolvenzrecht für Staaten in Europa“ angekündigt hatte:

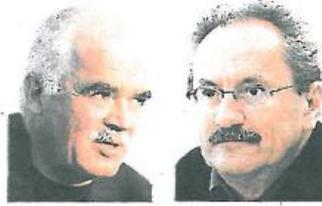
FAZ: „Jede Wette, dass Ihr Vorschlag gleichwohl nicht verwirklicht und stattdessen der Rettungsschirm für die Euro-Länder verlängert wird.“

Schäuble: „Solange Angela Merkel Bundeskanzlerin ist und ich Finanzminister bin, würden Sie diese Wette verlieren. Die Rettungsschirme laufen aus. Das haben wir klar vereinbart. Griechenland wird insgesamt drei Jahre die Kreditlinien in Anspruch nehmen können. Dann kön-

nen sie noch fünf Jahre laufen. Danach ist Schluss.“

Merkel und Schäuble sind keine Lügner. Aber sie täuschen sich in der Euro-Sache verdammt oft. Wer rettet uns vor dieser Art von Euro-Rettung? Die SPD bestimmt nicht. Schon zitiert die Presse ein neues Merkel'sches Gesetz: „Je mehr die SPD zu Beginn einer neuen Euro-Debatte gegen Merkel zetert, zickt und zaudert, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die SPD-Fraktion Merkels Politik am Ende im Bundes-

Briefwechsel



zwischen
Peter Gauweiler und Christian Ude

Wolfgang Schäubles Wette

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Peter Gauweiler.

tag zustimmt.“

Derzeit wird, lieber Christian, im Internet ein alter Spruch der Dakota-Indianer erörtert: „Wenn Du bemerkst, dass Du ein totes Pferd reitest, steig ab!“ Die im Internet angenommene Reaktion unserer Rettungspolitiker – sagen wir aller Parteien – lautete: Wie wär's mit einer Studie, um zu sehen, ob das Pferd wirklich tot ist? Oder: Lasst uns feststellen, dass die anderen auch tote Pferde reiten und dann erklären wir dies zum Normalzustand. Oder: Kein Pferd

kann so tot sein, dass man es nicht noch reiten könnte! Die EU erhöht bestimmt die Qualitätsstandards für den Beritt toter Pferde. Und ist ein Pferd nicht sowieso besser, schneller und billiger, wenn es tot ist? Und wenn alles Geld der Deutschen ausgegeben, verpfändet und verliehen sein wird, machen wir eine Volksabstimmung! Großes Ehrenwort!

Macht es Sinn, dagegen aufzustehen? Oder soll man die Dinge zu Ende faulen lassen? Irgendwie fühlt man sich als politischer Mensch verpflichtet, dieser unverschämten Irreführung der Bevölkerung entgegenzutreten. Schließlich ist sie es, die mit ihren Kindern haften sollen.

Die Beschwichtigungssparole, die noch am Montag ausgegeben wurde, lautet: Deutschland hafte ja nur für die tatsächlich ausgezahlten Kredite und der Deutsche Bundestag hätte etwaige Hilfszusagen der Rettungsschirme im Einzelfall erst noch zu billigen. Darüber hinaus beteuern sie, es entstehe „nur“ eine neue „konsolidierte Obergrenze“ von bis zu 700 Milliarden Euro und der EFSF stelle seine Aktivitäten „wie vorgesehen“ Mitte 2013 ein. Nur 700 Milliarden? Bis Mitte 2013?

Alle diese Behauptungen sind in mehrfacher Hinsicht irreführend:

• Die „Parallelität“ der Haftungssummen von EFSF und ESM endet nicht im Jahr 2013, sondern läuft frühestens bis zum Jahr 2043, weil die Darlehen auf 30 Jahre ausgereicht werden oder bereits sind,

• am Ende wird die Haftungssumme über eine Billion betragen, (sagt das Münchner Ifo-Institut),

• der Bundestag hat beim EFSF die grundsätzliche Kreditermächtigung bereits beschlossen und beim ESM soll die Zusage des Haftungskapitals im Juni beschlossen werden und davon gibt es kein Zurück mehr (was bleibt, ist nur die Einzelfallprüfung der formalen Voraussetzung eines Kredits oder einer Bürgschaft);

• der ESM-Vertrag sieht sogar ausdrücklich vor, dass erstens ohne Erhöhung des Haftungskapitals die Ausleihkapazität erhöht und zweitens das Haftungskapital aufgestockt werden kann. Zu ersterem braucht nach der jetzigen Konzeption nicht einmal der Bundestag gefragt werden (der, wie wir ihn kennen, sowieso Ja sagen wird und bei zentralen EU- und Euro-Abstimmungen der letzten vier Jahre erst vom Bundesverfassungsgericht zum Ja-gen getragen werden musste).

Kommentar überflüssig!
Dein Peter Gauweiler